

# AKTIONSBÜNDNIS JUGEND

An die Fraktionen der SPD und CDU im Landtag Brandenburg  
sowie an die Arbeitsgruppe 2 im Koalitionsausschuss

Sehr geehrte Abgeordnete,  
sehr geehrte Mitglieder der Arbeitsgruppe 2,

wir wenden uns als Aktionsbündnis Jugend Brandenburg an Sie. Als Zusammenschluss landesweit tätiger Verbände stehen wir gemeinsam für die Stärkung junger Menschen in Brandenburg – in Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit, Beteiligung, kultureller Bildung, Medienbildung sowie im Kinder- und Jugendschutz.

Mit unseren Mitgliedern, Angeboten und Strukturen tragen wir maßgeblich dazu bei, dass junge Menschen Demokratie erleben, mitgestalten und Vertrauen in Institutionen entwickeln können. Damit das gelingt, braucht es mehr als gute Absichten: Die Unterstützung aller jungen Menschen in Brandenburg ist nicht nur eine Frage der Haltung – sie braucht verlässliche Rahmenbedingungen, klare Zuständigkeiten und tragfähige Strukturen. Wir fordern Sie daher auf, in den Koalitionsverhandlungen mutige Schritte für die Zukunft junger Menschen in Brandenburg zu gehen.

Als Landesverbände bündeln wir Perspektiven aus Praxis, Trägerstrukturen und landesweiter Fachentwicklung. Uns verbindet das Ziel, jungen Menschen in Brandenburg stabile und gerechte Voraussetzungen zu sichern – damit Beteiligung, Schutz, Bildung und Unterstützung nicht vom Wohnort abhängen, sondern flächendeckend wirksam werden können. Mit unserer Arbeit tragen wir zur **Demokratieerfahrung und Demokratiebildung** junger Menschen bei. Dafür braucht es klare Strukturen und verlässliche Rahmenbedingungen. Wir fordern Sie auf, in den Koalitionsverhandlungen **mutige Schritte für die Zukunft junger Menschen in Brandenburg** zu gehen.

## Gemeinsame Forderungen

- » **Strukturen für Kinder- und Jugendbeteiligung entwickeln und absichern** (u. a. BbgKJG, § 19 BbgKVerf; Fachstelle Beteiligung gemäß § 11 Abs. 6 BbgKJG; Beschwerdeverfahren gemäß § 13 Abs. 3 BbgKJG).
- » **Dynamisierung des Landesjugendplans** (automatische Anpassung an Tarifabschlüsse und Inflationsausgleich).
- » Kommunale Jugendarbeit gegen rechte Anfeindungen sichern durch 25 % Landesanteil an tatsächlichen Personalkosten; dafür Aufwuchs des Landesjugendplans um ca. 7,8 Mio. Euro ab 2027.
- » **Kulturelle Kinder- und Jugendbildung stärken**: Fördersituation verbessern und regionale Netzwerke aus Jugend, Kultur und Bildung fördern; Programme wie „Tolerantes Brandenburg“ erhalten.
- » **Pädagogischen Jugend(medien)schutz ausbauen**: Beratungs- und Fortbildungsangebote sowie lokale Netzwerke stärken (u. a. § 15 Jugendmedienschutz BbgKJG).

## Digitale Jugendarbeit fördern

Anerkennung und Förderung digitaler Jugendarbeit und Implementierung von digitalen Prozessen z.B. in der Jugendbeteiligung, der Jugendfreizeit und im Jugendaustausch.

Nachfolgend senden wir Ihnen zudem die Forderungen der einzelnen Landesverbände.

**Für ein vertiefendes Gespräch mit Ihnen stehen wir gerne zur Verfügung.**

Eine gemeinsame Aktion von:

[Aktion Kinder- und Jugendschutz Brandenburg e. V.](#)  
[Fachverband Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit Brandenburg e. V.](#)  
[Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung](#)  
[Landesfachverband Medienbildung Brandenburg e. V.](#)  
[Landesjugendring Brandenburg e. V.](#)  
[Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Brandenburg e. V.](#)

## **Forderungen der Aktion Kinder- und Jugendschutz Brandenburg e.V.**

### ***Für einen starken pädagogischen Jugend(medien)schutz in Brandenburg***

Der digitale Wandel verändert das Aufwachsen und die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen grundlegend. Jugendschutz muss sich dieser Entwicklung anpassen, um das Recht auf gesunde Entwicklung und souveräne Eigenverantwortung zu sichern. Die zunehmende Digitalisierung, verbunden mit Risiken wie digitaler Gewalt und Suchtmittelverherrlichung, erfordert gezielte Schutz- und Befähigungsmaßnahmen, um die aktive und unbeschwernte Teilhabe an unserer demokratischen Gesellschaft sicherzustellen. Mit dem §15 Jugendmedienschutz im Kinder- und Jugendgesetz (BbgKJG) hat Brandenburg einen mutigen Schritt in unbekannte Gewässer gewagt. Nun ist es an der Zeit, diesen Mut zu bestärken und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um das Gesetz mit zum Leben zu erwecken.

### ***Landesweite Anlaufstelle für risikobehaftete Begegnungen im Netz***

Ausbau der AKJS Brandenburg zu einer landesweiten Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche, die im Internet problematische Begegnungen, Hass oder digitale Gewalt erleben, sowie für Eltern und Fachkräfte, die Unterstützung suchen. Eine Schulleitung weist das Hilfesuch eines Schülers in einem Cybermobbing-Fall ab. Das Gesicht einer Jugendlichen wird auf ein Nacktbild mit Hilfe von KI-Technik generiert. Junge Menschen haben selten Ansprechpersonen, die sie professionell unterstützen können. Hier klafft eine Lücke, die durch eine Anlaufstelle geschlossen werden kann, die eine juristischen Einordnung und Hinweise zur Beweissicherung sowie pädagogische/psychologische Erstberatung anbietet.

### ***Ausbau der Eltern-Medien-Beratung zu einer strukturellen Institution in Brandenburg***

Medienkompetenz ist für die Entwicklung junger Menschen zentral. Die erfolgreiche Eltern-Medien-Beratung muss langfristig gesichert und weiterentwickelt werden. Die aktuellen Förderbedingungen sind durch die jährliche Bewilligung teilweise unsicher – hier braucht es eine verlässliche überjährige Finanzierung.

### ***Qualifizierung der Jugendämter***

Die Jugendämter haben eine zentrale Bedeutung für das gelingende Aufwachsen. Die rasante Entwicklung der digitalen Lebenswelt müssen die Mitarbeitenden in Jugendämtern adäquat begegnen, um junge Menschen gut begleiten zu können. Jugendämter sollen durch aktuelle Orientierungshilfen und gezielte Qualifizierungsangebote befähigt werden, einen modernen Jugendmedienschutz zu gewährleisten.

### ***Aufbau regionaler Jugend(Medien)Schutz-Netzwerke***

Gesellschaftliche Verantwortung im Jugendmedienschutz erfordert die Vernetzung lokaler Akteure und speziell geschulter Fachkräfte, um Kompetenzen flächendeckend im Land zu stärken und lokale Strukturen durch Kooperationen zu entlasten

### ***Ausbau der pädagogischen Suchtprävention***

Stärkere Aufklärung und Beratung durch pädagogische Fachkräfte aus der Jugendarbeit ist notwendig, um der Verharmlosung von Suchtmitteln wie Alkohol, Nikotin und Cannabis entgegenzuwirken. Wissenschaftliche Erhebung digitaler Kompetenzen und Risikobegegnungen junger Menschen.

Eine zielgerichtete Untersuchung der digitalen Kompetenzen und Risiken junger Menschen in Brandenburg schafft eine fundierte Grundlage für die Weiterentwicklung des Jugendmedienschutzes. Die Ergebnisse der eben veröffentlichten ICILS 2023-Studie oder der jährlichen Jugend-Information-Medien(JIM)- und KindheitInternetMedien(KIM)-Studie könnten einen Ausgangspunkt hierzu bilden.

## **Forderungen des Fachverbands Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit Brandenburg e.V.**

### ***Junge Menschen brauchen Vertrauen - in sich selbst und von uns allen in sie.***

Mit unseren Mitgliedern schaffen wir Strukturen, mit denen junge Menschen mit professionellen Angeboten zielgerichtet erreicht werden können. Die Fachkräfte der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit begleiten junge Menschen auf ihren Wegen zur Verselbstständigung und zur Verortung in dieser Gesellschaft. Professionelle Jugend(sozial)arbeit muss in den nächsten Jahren stärker, zukunftsgerichtet und auskömmlicher gefördert werden, damit junge Menschen in Brandenburg auch gegen den Willen rechtspopulistischer Akteure verlässliche Angebote erhalten. Dazu braucht es ...

### ***...umfassende Angebote an alle jungen Menschen im Alter von 10 – 27 Jahren.***

Junge Menschen an allen Orten in Brandenburg haben ein Recht auf Förderung und Unterstützung. Dafür bietet die Jugendarbeit verschiedene Modelle und Methoden, auch im ländlichen Raum wirksam zu werden. Die kommunalen Förderstrukturen müssen hierfür gestützt, gegen rechte Angriffe verteidigt und durch landesweite Verbindlichkeiten befähigt werden, sodass die aktuellen Strukturen gesichert und im notwendigen Umfang ausgebaut werden können.

### ...niedrigschwellige Angebote für das ganze Land Brandenburg.

Brandenburg muss als Flächenland ausreichend Angebote vor Ort, an den Schulen, in den Jugendeinrichtungen und durch aufsuchende Angebote vorhalten. Nur ein niedrigschwelliger Zugang im Sozialraum mit Sozialarbeiterinnen und -arbeitern aus der Lebenswelt sichert ein bedarfsorientiertes der regionalen Entwicklung angepasstes Angebot. Sollen alle jungen Menschen vergleichbare Voraussetzungen in ihren Regionen vorfinden, darf die Verantwortung hierbei nicht allein den Kommunen überlassen werden. Die wirtschaftlichen Herausforderungen kommunaler Haushalte sind zu groß.

### ... professionelle Qualität und Bedingungen für Fachkräfte und Träger.

Die Qualität der Angebote wird durch die Beschäftigung pädagogisch ausgebildeter, hauptberuflicher Fachkräfte und die Stärkung von Qualitätsstrukturen innerhalb der Träger der freien Jugendhilfe gesichert. Deren Entprofessionalisierung infolge einer Verknappung personeller und finanzieller Ressourcen muss gestoppt werden. Nur eine konsequente Finanzierung der Strukturen sichert hohe Qualität in Methoden, Angeboten und Kompetenzen. Berufliche Fort- und Weiterbildung, Supervision und kollegiale Beratung der Mitarbeitenden sowie Selbst- und Fremdevaluation werden als Instrumente der Qualitätssicherung genutzt und gehören zum professionellen Angebot der Träger.

## NOTWENDIGKEITEN FÜR GELINGENDE JUGENDARBEIT

- » Angebote der Jugend(sozial)arbeit brauchen eine **gesicherte Finanzierung**, so dass Träger qualifizierte Fachkräfte und entsprechende Verwaltung über unbefristete Beschäftigungsverhältnisse binden können. Damit die Jugendämter ihrer Planungs- und Steuerungsverantwortung nachkommen können, müssen sie in die Lage versetzt werden, die nötigen finanziellen Ressourcen in den Jugendförderplan einzustellen.
- » Jugend(sozial)arbeit agiert und kommuniziert in den jugendlichen Lebenswelten. Die dazu notwendigen **Kommunikations- und Mobilitätsvoraussetzungen** müssen geschaffen und finanziert werden.
- » Der notwendige Ausbau von schulbezogenen Angeboten der Jugend(sozial)arbeit darf nicht zu einem Abbau der **Angebote der offenen Jugendarbeit** (Verdrängung des offenen Freizeitbereiches) führen. Stattdessen ist auf eine wirkungsvolle Zusammenarbeit aller Handlungsfelder der Jugend(sozial)arbeit hinzuwirken.
- » Es braucht eine Stärkung des Personalkostenförderprogramms des Landes (§87 Abs. 4 BbgKJG). Die Aufwendungen der örtlichen Träger der Jugendhilfe an den tatsächlichen Personalkosten der sozialpädagogischen Fachkräfte im Bereich der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit müssen über das Land in Höhe 25% des Personals mitfinanziert werden. Diese Stärkung der Demokratie erfordert einen **Aufwuchs des Landesjugendplans** um ca. 7,8 Millionen Euro ab 2025.

## Forderungen des Kompetenzzentrums für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg

### Strukturen für Kinder- und Jugendbeteiligung entwickeln und absichern!

Brandenburg hat durch gesetzliche Rahmenbedingungen bundesweit eine Vorreiterrolle im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung eingenommen. Die Regelungen des Kinder- und Jugendgesetz (BbgKJG) und die kommunale Beteiligung (§ 19 BbgKVerf) müssen jetzt mit nachhaltigen Strukturen unteretzt werden. Wir fordern die verbindliche Absicherung und den Ausbau von Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung, basierend auf dem 4-Felder-Modell<sup>1</sup>:

#### 1. Eigenständige Mitwirkung

**Kommunale Ebene:** Weitere Unterstützung der Kommunen und Landkreise durch Förderung von Prozessen zur Entwicklung von Beteiligungskonzepten gemäß § 19 BbgKVerf, Mittel zur Entwicklung von Leitlinien und personelle Ressourcen für die Beratung von Beteiligungsprozessen insbesondere von kleinen Kommunen und in ländlichen Gegenden.

**Landesebene:** Stärkung der Beteiligung junger Menschen an allen Themen, die ihre Interessen berühren, wie Verkehr, Infrastruktur, Bildung, Umwelt, Klimawandel und Strukturwandel (§ 11 Abs. 2 BbgKJG).

**Kinderschutz und Beschwerdeverfahren:** Entwicklung transparenter Verfahren (§ 13 Abs. 3 BbgKJG).

<sup>1</sup> U. a. 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, S. 185 ff oder Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg (Hrsg.) (2024): MitWirkung - Aus der Praxis nachhaltiger Kinder- und Jugendbeteiligung in Brandenburg, S. 26 ff.  
[https://www.jugendbeteiligung-brandenburg.de/images/mediathek/pdf/Broschure%20MitWirkung%20A4\\_Einzelseiten\\_240715\\_lo.pdf](https://www.jugendbeteiligung-brandenburg.de/images/mediathek/pdf/Broschure%20MitWirkung%20A4_Einzelseiten_240715_lo.pdf)

## 2. **Interessenvertretung**

**Dachverband der Kinder- und Jugendgremien Brandenburgs (DKJB):** Eigenes Budget auf Landesebene zur Förderung kommunaler Kinder- und Jugendvertretungen und der Interessenvertretungen (§§ 137 ff. BbgKJG).

**(kommunale) Gremien und Ausschüsse:** Ausbau der Beteiligungsrechte junger Menschen, z. B. durch Rede- und Antragsrechte in Gremien.

**Spezielle Zielgruppen:** Zugangsmöglichkeiten für junge Menschen aus den stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, jüngere Kinder, junge Menschen mit Behinderungen, Migrationshintergrund oder sozialer Benachteiligung stärken.

## 3. **Ehrenamtliches Engagement**

Förderung und Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements durch konkrete organisatorische Unterstützung und Entlastung in Verwaltungsangelegenheiten.

Ausbau von Qualifizierungsangeboten wie der Jugendleiter\*innen-Card (Juleica).

## 4. **Politische Bildung**

**Demokratiebildung:** Schulen verpflichten, Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten nach UN-Kinderrechtskonvention, Grundgesetz und BbgKVerf und BbgKJG zu vermitteln.

**Außerschulische Bildung:** Politische Bildungsangebote ausbauen, um Beteiligungserfahrungen zu fördern und Extremismus vorzubeugen.

## **Umsetzungsnotwendigkeiten**

Fachstelle Beteiligung und Ausbau der Tätigkeit des Kompetenzzentrums Kinder- und Jugendbeteiligung: Zügige Einrichtung gemäß § 11 Abs. 6 BbgKJG als zentrale Anlaufstelle.

**Langfristige Finanzierung:** Sicherstellung dauerhafter Förderung von Interessenvertretungen junger Menschen, wie dem Kinder- und Jugendhilfe-Landesrat (KJLR), dem Dachverband der Kinder- und Jugendgremien (DKJB) und des Jugendforums Nachhaltigkeit Brandenburg (JuFoNa).

# **Forderungen des Landesjugendrings Brandenburg e. V.**

## ***Jugendgerechte Gesellschaft***

Eine jugendgerechte Gesellschaft setzt voraus, dass gesellschaftliche Verantwortung in Brandenburg fair verteilt wird und junge Menschen verlässliche sowie förderliche Rahmenbedingungen vorfinden. Dazu gehören insbesondere die finanzielle Sicherstellung der Lebenshaltungskosten, eine zukunftsfähige Digitalisierung, bezahlbarer Wohnraum, chancengerechte Bildung und eine bedarfsgerechte Mobilität.

Die Themen, Wünsche und Sorgen junger Menschen müssen ernst genommen und verbindlich in politische Diskurse sowie Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Fragen der Generationengerechtigkeit, des nachhaltigen Klimaschutzes, der sozialen Gerechtigkeit und der Bekämpfung von Rechtsextremismus sind für das Aufwachsen junger Menschen in Brandenburg von zentraler Bedeutung und bedürfen besonderer Berücksichtigung.

Als Vertreterinnen und Akteurinnen der außerschulischen Jugendarbeit betonen wir die Bedeutung offener Erfahrungs- und Gestaltungsräume außerhalb des Lernraums Schule. Das Leben junger Menschen ist nicht auf Schule beschränkt. Insbesondere in Fragen der Beteiligung, des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Arbeit gegen Rechtsextremismus kommt der Jugend(verbands)arbeit eine zentrale Bedeutung zu. Die künftige Landesregierung muss daher am eingeschlagenen Weg festhalten, diesen Stellenwert weiterhin berücksichtigen und fördern. Eine einseitige Fokussierung auf den Lernraum Schule – insbesondere in Zeiten knapper Haushaltsmittel – lehnen wir ab.

Durch das BbgKJG sind neue Qualitätsstandards der Beteiligung junger Menschen festgelegt. Politik und Verwaltung müssen nun dafür sorgen, dass diese Standards in der Jugendhilfepraxis umsetzbar sind. Daher ist die konsequente Stärkung der bereits vorhandenen und gesetzlich verankerten Strukturen wie der Jugendverbandsarbeit essenziell – auch unter Aspekten von Inklusion und Förderung der Vielfalt in Brandenburg.

## ***Finanzielle Absicherung der Jugend(verbands)arbeit***

Eine starke und vielfältige Jugendverbandsarbeit benötigt eine verlässliche finanzielle Grundlage. Die erhöhten Fördersätze für Jugendverbände im aktuellen Doppelhaushalt tragen dazu bei, den Status quo zu sichern. Für eine zukunftssichere Entwicklung der Strukturen reichen sie jedoch nicht aus. Die Erwartungen an Jugendverbandsarbeit – insbesondere in Demokratiebildung, der Arbeit gegen Rechtsextremismus, zivilgesellschaftlichem Engagement und gesellschaftlichem Zusammenhalt – spiegeln sich noch nicht ausreichend in den zur Verfügung stehenden Mitteln wider. Daher fordern wir die langfristige finanzielle Absicherung der Jugendverbände sowie des Landesjugendrings Brandenburg e. V.

Zentrale Bausteine hierfür sind die **Dynamisierung des Landesjugendplans** entsprechend der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen, die **Überarbeitung der brandenburgischen Honorarverordnung** sowie die vollständige Ausfinanzierung von mindestens **einer hauptamtlichen Jugendbildungsreferentin bzw. einem hauptamtlichen Jugendbildungsreferenten pro Mitgliedsorganisation** des Landesjugendrings Brandenburg e. V.

### **Demokratie verteidigen**

Demokratie lebt von klaren Haltungen. Demokratische Parteien und ihre Mitglieder stehen in der Verantwortung, sich eindeutig von demokratiefeindlichen und menschenfeindlichen Parteien sowie Bewegungen abzugrenzen. Politik und Verwaltung sollen sich aktiv und öffentlich gegen solche Bestrebungen positionieren und konsequent auf inhaltliche Annäherungen oder politische Zusammenarbeit mit undemokratischen, rechten Akteur\*innen in jeglicher Form verzichten.

Gleichzeitig gilt es, vorhandene Strukturen in Brandenburg besser zu unterstützen – beispielsweise durch einen Ausbau der Landesmittel für politische Bildung, eine Stärkung von Beratungsstrukturen sowie die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse.

### **Stärkung des jungen Ehrenamts**

Freiwilliges Engagement und Ehrenamt sind tragende Säulen einer lebendigen Zivilgesellschaft und müssen nachhaltig gestärkt werden. Wer sich ehrenamtlich engagiert, soll Anerkennung erhalten, die konkret und im Alltag wirksam ist. Dazu zählen der Erhalt sowie der bedarfsgerechte Ausbau bestehender Vergünstigungen für Ehrenamtliche in Brandenburg. Zusätzlich setzen wir uns für eine kostenfreie Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für **Juleica-Inhaber\*innen** ein.

### **Freiwilligendienste erhalten und stärken**

Freiwilligendienste leisten einen unverzichtbaren Beitrag für junge Menschen und die Gesellschaft insgesamt. Um diese Angebote zu sichern und weiterzuentwickeln, ist eine **Landesförderung in Höhe von 550 Euro pro Teilnehmer\*in und Dienstmonat** für alle **FSJ- und FÖJ-Plätze** in Brandenburg notwendig. Ergänzend fordern wir eine Erhöhung des **FSJ- und FÖJ-Taschengeldes**.

## **Forderungen der Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (lkj) Brandenburg**

### **Nachhaltige Perspektiven für Kulturelle Kinder- und Jugendbildung schaffen.**

Die lkj Brandenburg ist der Dachverband für Kulturelle Bildung in Brandenburg. Ihr gehören Fachverbände und andere Institutionen der verschiedenen Sparten Kultureller Bildung an. Zudem ist sie Träger der Freiwilligendienste und setzt in Brandenburg u.a. das FSJ Kultur um.

Verbesserung der Fördersituation für Akteure Kultureller Bildung

**Nachhaltige Perspektiven schaffen:** Die Akteure Kultureller Bildung sind durch die vielen Krisen dieser Zeit spürbar erschöpft. Besonders in kleinen, ehrenamtlich geführten Vereinen, sorgt diese Erschöpfung bei gleichzeitig zunehmenden Kürzungsdebatten für Kultur und Jugend im Bund für große Verunsicherung und droht, in einem Rückgang an Angeboten zu münden. Für die kommende Legislatur braucht es daher zeitnah Gespräche mit den Akteuren und nachhaltige Perspektiven in der Förderplanung.

**Leichte Zugänge zu Förderungen:** Leicht zugängliche Förderprogramme zur Erprobung neuer Formate wie ein Experimentalfonds müssen weiterverfolgt werden.

**Neue Orte erschließen:** Neben den klassischen Orten Kultureller Bildung ist es angesichts des Rechtsrucks, auch unter jungen Erwachsenen, umso wichtiger, an ungewohnten Orten leicht zugängliche Projekte Kultureller Bildung anzubieten, die Austausch, Reflexion und Persönlichkeitsbildung fördern. Die Kulturvermittlung darf nicht erst im Orchester und im Theatersaal beginnen, sondern muss bereits auf den Vorplätzen und an dritten Orten stattfinden.

Stärkung regionaler Netzwerke aus Jugend, Kultur und Bildung

Der Ausbau der Ganztagschule, flächendeckende Angebote der Demokratiebildung und der Ausbau inklusiver Zugänge zur Erreichung aller Kinder und Jugendlichen braucht neben einer auskömmlichen Finanzierung vor allem eines: **Starke Partner und Netzwerke vor Ort**. Wer Ressourcen für Kooperationen aus Kultur, Jugend und Bildung investiert, erzielt langfristig den doppelten Gewinn, wenn die Akteure gegenseitig von ihren jeweiligen Zugängen zu Zielgruppen profitieren und Synergien aus ihren fachlichen Expertisen entstehen. Noch zu oft scheitern solche Netzwerke an den begrenzten Ressourcen für Austausch und gemeinsame Vorhaben.

Als Landesverband ist es uns ein großes Anliegen, solche Netzwerke zu fördern und zu begleiten. Eine entsprechende **Netzwerkstelle für Kulturelle Bildungslandschaften** würde solche Kooperationen zwischen Kultur, Jugendarbeit und Bildung anregen, etablieren und qualifizieren können.

Programme wie „Tolerantes Brandenburg“, die auch übergreifende Projekte aus Kultureller und Demokratiebildung fördern, müssen erhalten werden.

Einführung einer Landesförderung in den Freiwilligendiensten

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) ist eine besondere Form des Engagements, das jungen Menschen ermöglicht, sich u.a. in Kultur- und Bildungseinrichtungen verlässlich einzubringen und sich beruflich zu orientieren. Die 28 vom Land anerkannten Träger, die das FSJ umsetzen, geraten durch Kürzungen im Bund bei gleichzeitigen Kostensteigerungen zunehmend unter Druck. Gleichsam ist die Möglichkeit, einen Freiwilligendienst zu absolvieren, noch immer stark von den finanziellen Möglichkeiten der jungen Menschen abhängig. Als Träger fordern wir daher eine **Landesförderung in Höhe von 550 Euro pro Teilnehmende und Dienstmonat für alle knapp 900 FSJ-Plätze in Brandenburg**, einen eigenen Haushaltstitel im Landeshaushalt 2025/26 sowie Mittel für Trägervernetzung/eine Koordinierungsstelle Freiwilligendienste.

Als Träger dürfen wir aktuell durch eine Landesförderung ein Sonderprogramm „Kultur trifft Handwerk“ in den Freiwilligendiensten erproben, um neue Einsatzfelder zu erschließen. Um die geschaffenen Strukturen nicht versanden zu lassen, braucht es auch über August **2025 hinaus eine gesicherte Finanzierung**.

## **Forderungen des Landesfachverbands Medienbildung Brandenburg e. V. (lmb) Medienbildung strukturell sichern – Demokratie nachhaltig stärken**

### ***18+1 Forderungen für Brandenburg***

Medienbildung ist kein Zusatzangebot, sondern eine demokratische Schlüsselkompetenz. In einer digitalen Gesellschaft entscheidet sie über Teilhabe, Meinungsbildung, Informationskompetenz, Schutz vor Desinformation sowie über die Fähigkeit, demokratische Prozesse aktiv mitzugestalten.

Brandenburg braucht eine **strukturell abgesicherte, landesweit verlässliche Medienbildungsstrategie**, die Kinder, Jugendliche und Fachkräfte gleichermaßen stärkt. Dazu fordert der lmb mind. 18 Stellen für Medienpädagogen (je eine pro Landkreis oder kreisfreier Stadt) plus eine Stelle zur Koordinierung, die in der Region frei agieren können.

### ***I. Medienbildung als demokratische Infrastruktur absichern***

#### **1. Landesweite Koordinierungsstelle Medienbildung stärken**

Dauerhafte institutionelle Förderung einer landesweiten Fach- und Koordinierungsstelle zur Qualitätsentwicklung, Beratung und Vernetzung.

#### **2. 18 Stellen für Medienpädagog\*innen**

Dauerhafte institutionelle Förderung von je einer Fachkraft pro Landkreis oder kreisfreier Stadt, die ohne die Beschränkungen einer kommunalen Stellenlogik agieren kann.

#### **3. Mehrjährige institutionelle Förderung statt Projektlogik**

Ablösung kurzfristiger Projektförderungen durch verlässliche mehrjährige Strukturförderungen.

#### **4. Dynamisierung der Fördermittel**

Anpassung an Tarifsteigerungen und Inflation zur Sicherung professioneller Qualität.

#### **5. Digitale Jugendarbeit fördern**

Anerkennung und Förderung digitaler Jugendarbeit und Implementierung von digitalen Prozessen z.B. in der Jugendbeteiligung, der Jugendfreizeit und im Jugendaustausch.

### ***II. Fachkräfte stärken – Qualität sichern***

#### **1. Landesweites Fortbildungsprogramm Medienbildung**

Verpflichtende und kostenfreie Qualifizierungsangebote für Fachkräfte der Jugendhilfe, Schulsozialarbeit und Verwaltung.

#### **2. Medienpädagogische Fachberatung ausbauen**

Flächendeckende Beratungsstrukturen insbesondere im ländlichen Raum.

#### **3. Personelle Mindeststandards definieren**

Verankerung medienpädagogischer Fachstellen in Landkreisen und kreisfreien Städten.

#### **4. Medienbildung in Ausbildung und Studium integrieren**

Verbindliche curriculare Verankerung in pädagogischen Ausbildungsberufen.

### ***III. Demokratische Resilienz junger Menschen stärken***

#### **1. Förderung von Nachrichten- und Informationskompetenz**

Programme gegen Desinformation, Verschwörungserzählungen und digitale Manipulation.

### ***IV. Chancengerechtigkeit im digitalen Raum sichern***

#### **1. Mobile medienpädagogische Angebote ausbauen**

Förderung mobiler Teams für strukturschwache Regionen.

#### **2. Inklusive Medienbildungsangebote stärken**

Barrierefreie Formate für junge Menschen mit Behinderungen oder besonderen Unterstützungsbedarfen.

### 3. Eltern- und Familienbildung im digitalen Wandel sichern

Strukturelle Absicherung von Beratungs- und Informationsangeboten für Sorgeberechtigte.

### 4. Forschung und Monitoring etablieren

Regelmäßige landesspezifische Erhebungen zu Mediennutzung, digitalen Kompetenzen und demokratischer Resilienz.

#### *Strukturforderung:*

#### **Medienbildung als demokratiestützende Daueraufgabe institutionell verankern**

Medienbildung muss als **dauerhafte demokratische Infrastruktur** verstanden und entsprechend finanziert werden – vergleichbar mit politischer Bildung oder kultureller Bildung.

Dafür braucht es:

- einen eigenen Haushaltstitel im Landeshaushalt,
- eine verbindliche institutionelle Förderung landesweiter Fachstrukturen,
- eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe Medienbildung,
- die klare politische Anerkennung von Medienbildung als demokratiestabilisierendes Element.

Demokratie braucht informierte, reflektierte und handlungsfähige junge Menschen.

Medienbildung schafft diese Voraussetzungen – strukturell abgesichert, professionell begleitet und landesweit zugänglich.